

II-6764 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3381/J

1992-07-14

A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Schwärzler
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Kiestransporte zum Ausbau der B 197 in Vorarlberg

Die Neue Vorarlberger Tageszeitung berichtete in ihrer Ausgabe am 8. Juli 1992 von den Auseinandersetzungen um die Kiestransporte im Zusammenhang mit dem Ausbau der B 197 von Langen nach Stuben. Ein Leserbrief der Pressestelle der Bundesbahndirektion Innsbruck befaßte sich in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung am 9. Juli 1992 ebenfalls mit diesem Thema. In der Sache geht es darum, daß die Firma Transbeton beim Arlbergtunnel in Klösterle ein Betonmischwerk für den Ausbau der B 197 errichtet, nachdem Verhandlungen über den Transport des Kiesmaterials aus Tirol nach Vorarlberg gescheitert sind. Der Firma Transbeton erschienen nach dem Bericht der Neuen Vorarlberger Tageszeitung sowohl die Arlbergtunnelmaut von 30.-- Schilling je Tonne als auch das Angebot der ÖBB von 59.-- Schilling je Tonne als indiskutabel. Die ÖBB-Pressestelle zeigte sich laut Bericht der Neuen Vorarlberger Tageszeitung verärgert und erklärte, daß die 59.-- je Tonne für den Transport von Landeck zum Bahnhof Langen ein erstes und gar nicht so schlechtes Angebot gewesen seien. Darüber hinaus hätte man noch über Mengenrabatte verhandeln können. Daß hier selbst unter Berücksichtigung der Tunnelmaut ein kaum konkurrenzfähiges Angebot gemacht wurde, scheint die ÖBB-Pressestelle allerdings nicht zu irritieren. Vielmehr wird sowohl im Bericht vom 8. Juli 1992 als auch im Leserbrief vom 9. Juli 1992 der unrichtige Vorwurf erhoben, daß die Bahn durch behördliche Fehlentscheidung um das Geschäft gebracht wurde: "Da in den ergangenen Baubescheid für das Tunnelprojekt kein Zwang zur Eisenbahnbeförderung aufgenommen wurde, wird hier offensichtlich versucht, den Verkehrsträger Bahn von vorne herein durch falsche Darstellung der Sachlage auszuschalten."

- 2 -

(Leserbrief der Österreichischen Bundesbahnen, Pressestelle Bundesbahndirektion Innsbruck vom 9. Juli 1992) Offensichtlich scheint zu sein, daß sich die ÖBB durch ein nicht konkurrenzfähiges Angebot aus dem Rennen geworfen haben und daß bei den ÖBB in dieser Angelegenheit die Meinung vorherrscht, daß man den ÖBB ohnedies durch behördlichen Zwang, der rechtlich nicht möglich ist, diese Transporte hätte zukommen lassen müssen. Vielleicht erklärt sich auch aus dieser Tatsache die Höhe des Angebotes an die Firma Transbeton. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Sind Sie bereit, die Kalkulationsgrundlagen der Österreichischen Bundesbahnen für das in der Begründung dargestellte ÖBB-Angebot von S 59.-- je Tonne für den Kiestransport von Landeck nach Langen mitzuteilen?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Offensichtlich herrschte bei den in Frage stehenden Kiestransporten bei den ÖBB die Erwartung, daß diese Kiestransporte durch behördlichen Zwang auf die Schiene verlagert würden und daß man daher dem wirtschaftlichen Wettbewerb ausweichen könnte. Diese Haltung ist bei den ÖBB zunehmend festzustellen. Sind Sie bereit, eine derartige Geschäftspolitik der ÖBB in Zukunft zu unterstützen?
4. Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?